

### Die Lage der Versicherungsbeamten.

Sie ist schlecht, sogar sehr schlecht. Die Versicherungsgesellschaften, die von sozialem Geist erfüllt sein sollten, sind Erwerbsunternehmungen der geldgierigsten Art, die meisten marschieren an der Spitze der Ausbeutung, sowohl ihrer Kunden, der Versicherten, wie ihrer Angestellten. Diese beginnen sich nun unter dem Druck der Not zu rühren. In einer Beratung wurde einstimmig festgestellt, daß drei Kriegsjahre hindurch die österreichischen Versicherungsbeamten das Unmögliche möglich gemacht haben; mit Gehaltsbezügen, die schon im Frieden unzureichend waren, und mit ganz geringfügigen Kriegszulagen haben sie der ungeheuren Kriegsteuerung standgehalten. Nun aber sind sie am Rande. Ihre körperlichen Kräfte sind durch die Unterernährung untergraben, ihre seelische Widerstandskraft durch den doppelten Druck der Kriegsjorgen und der Brotjorgen gebrochen. Wenn die Beamtenschaft diese Entwicklung ruhig hin nimmt, dann ist ihr unentrinnbares Schicksal, daß sie in kürzester Frist in verhungerte Lumpenproletarier verwandelt wird. Das darf nicht geschehen! Es gibt, um diese Katastrophe abzuwenden, nur ein Mittel: die durchgreifende gründliche Erhöhung der Gehalte.

Im berechtigten Mißtrauen gegen die Einsicht der Direktoren und Verwaltungsräte erklärt die Beamtenschaft, daß sie zur Durchsetzung dieser Forderung alle Mittel des Lohnkampfes anwenden werde: den Ausstand, den passiven Widerstand usw. Daß ihnen dabei alle einsichtigen Gegner der Ausbeutung der Arbeit durch das Großkapital und seine willfährig bezahlten Helfershelfer zur Seite stehen werden, ist gewiß; wenn die Beamtenschaft es zustande bringt, geschlossen auf ihrer gerechten Forderung zu bestehen, so wird sie die angemessene Teilung zwischen Arbeit und Nutznießern sicher durchsetzen.

Allerdings gibt es noch ein Mittel, and zwar ein solches, das die Interessen der Beamtenschaft mit denen des öffentlichen Wohles und des Staatsäckels vereinigt; das ist die Verstaatlichung des Ver-

sicherungswesens, die hoffentlich bald auf die Tagesordnung der öffentlichen Erörterung gesetzt werden wird. Wenn man sieht, wie der Staat in seiner Finanznot nach jedem ertragversprechenden Mittel greift, würde man es nicht verstehen, wenn er ein so ausgiebiges, sicheres und gut begründetes, wie das Versicherungsmonopol beiseite ließe, und man würde wieder in dem üblen Verdachte bestärkt, daß er nur die Armen besteuert, die Großen und Reichen aber sorgfältig schont. Die Zeiten, die wir kommen sehen, sind aber solcher Meinung nicht günstig.